

DS-Nr. 576/16-21

Prüfantrag Hebammenversorgung in Rüsselsheim

Bezug: Antrag Nr. 17 der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2017

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung bei 2 Stimm-Enthaltungen einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt

1. den beigefügten Zwischenbericht über die Hebammenversorgung in Rüsselsheim zur Kenntnis.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

2. gemäß Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselheim (GPR) aktuell kein Mangel an angestellten Hebammen in der stationären Geburtshilfe existiert.
3. gesicherte Aussagen über die Hebammenversorgung im freiberuflichen Bereich und über die Versorgung mit Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen (FGKIKP) aufgrund einer nicht validen Datenlage nicht möglich sind.
4. die Auswertung der Daten des Bereichs Frühe Hilfen sowie des GPR auf einen Mangel an freiberuflichen Hebammen vorwiegend im Bereich der Wochenbettbetreuung hinweist.
5. die Auswertung der Daten des Bereichs frühe Hilfen auf einen Mangel an Familienhebammen oder FGKIKP hinweist.
6. das GPR Klinikum und die Frühen Hilfen zur Begegnung des wahrscheinlichen Mangels an freiberuflichen Hebammen im Bereich der Wochenbettbetreuung die Implementierung einer Wochenbettambulanz plant.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

1. die Durchführung einer Befragung aller ortsansässigen Mütter, welche in den letzten drei Jahren entbunden haben, zum Thema Bedarf und Bedarfsdeckung an Hebammenleistungen und Leistungen von Familienhebammen und FGKIKP zur Verbesserung der Datenlage. Die Kostendeckung erfolgt über das Sachkonto 7290200 (Förderung Asyl und Soziales) im Produkt 050040000 (Verwaltung soziale Leistungen).

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat

2. die Ergebnisse der Befragung fachlich auszuwerten, der Stadtverordnetenversammlung darüber Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssituation vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 2 Enthaltung(en)

Rüsselsheim, den 03.09.2019